

Belgien

Matthias Chardon

Belgien hat – nach 540 Tagen – seit Ende 2011 wieder eine föderale Regierung. Diese lang andauernde politische Krise hat das Land an den Abgrund geführt. Die neue Regierung steht u.a. vor der Aufgabe, die Empfehlungen der EU im Rahmen der EU 2020-Strategie und der dazu gehörenden nationalen Reformprogramme umzusetzen, obwohl die politischen Grundpositionen der Parteien in den Bereichen Wirtschaft, Finanzen und Soziales weit auseinander liegen. Gleichzeitig zeigt sich auf der innenpolitischen Bühne der ungebremste Aufstieg der Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA). Ihre europapolitischen Positionen verdienen es, etwas näher beleuchtet zu werden, denn die N-VA wird die politische Debatte Belgiens in Zukunft noch sehr viel stärker dominieren als bislang schon.

540 Tage nach den Wahlen – die neue föderale Regierung steht

Noch nie haben die Parteien eines Staates länger gebraucht, eine Regierung zu bilden, als die Parteien Belgiens nach den Wahlen vom 10. Juni 2010. Dominiert wurde die Regierungsbildung vom flämisch-frankophonen Konflikt und dem Erstarken von Parteien beider Sprachgruppen, die aus dem Konflikt politischen Gewinn schlagen. In Flandern ist das vor allem die Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA), die dort bei den Parlamentswahlen knapp 28 Prozent der Stimmen erhielt und stärkste Partei wurde. In den Wahlumfragen hat sie seither weiter auf etwa 38 Prozent zugelegt.

Die Regierungsparteien Belgiens sind nun die Sozialisten, die Christdemokraten und die Liberalen beider Landesteile. Das Bemühen, das Land nicht noch weiter auseinanderdriften zu lassen und für die drängendsten Probleme, die durch den flämisch-frankophonen Konflikt entstanden sind, Lösungen zu implementieren, hat sie eine Koalition eingehen lassen. Die zum Teil doch recht starken Positionsunterschiede in verschiedenen Politikbereichen traten dabei (erst einmal) in den Hintergrund. Der Ministerpräsident ist erstmals seit 1974 wieder ein Frankophoner: der Sozialdemokrat Elio di Rupo. In der Abgeordnetenkammer insgesamt hat die Regierung zwar eine Mehrheit, nicht jedoch in der flämischen Sprachgruppe. Dies macht sie politisch angreifbar, und das nutzt die N-VA auch weidlich aus, indem sie der Regierung vorwirft, sie besitze in Flandern keine Legitimation, da sie nicht die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler repräsentiere.

In der Zeit zwischen den Wahlen im Juni 2010 und der Vereidigung der neuen Regierung im Dezember 2011 konnte die geschäftsführende Regierung unter Yves Leterme zwar manches regeln, grundlegende Reformen und Initiativen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik blieben aber aus. Dies machte sich mit der Zeit bemerkbar, denn vor allem die Notwendigkeit einer Sanierung der Staatsfinanzen liegt klar auf der Hand. Bis 2007 hatte Belgien eine beeindruckende Verminderung seiner Staatsschuld von über 130% des BIP auf ca. 80 Prozent vorzuweisen. Seither steigt die Staatsschuld wieder und liegt derzeit bei etwa 100 Prozent. Einen Anteil daran haben nicht zuletzt die europäische Finanzkrise und die notwendig gewordene Verstaatlichung der französisch-belgischen Dexia-Bank. Die Zinsen für Staatsanleihen stiegen 2011 bis auf fast sechs Prozent, die Ratingagentur Stan-

dard & Poor's reagierte auf die Entwicklung in Belgien und setzte das Rating Belgiens im November 2011 von AA+ auf AA.

Die neue Regierung hat sich in ihrer Koalitionsvereinbarung auf einige wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen geeinigt. Allerdings bleibt dieses Kapitel eher vage und undeutlich, was nicht verwunderlich ist, wenn man sich die Grundpositionen der Koalitionsparteien vergegenwärtigt. Das Spektrum reicht von der linken frankophonen PS bis zur liberalen Open VLD Flanderns.

Maßnahmen auf der Ausgabenseite sind etwa:

- Allgemeine Einsparungen bei allen öffentlichen Einrichtungen und Behörden (Personal, Investitionen, Sachmittel);
- Kürzungen im Verteidigungshaushalt;
- Einsparungen bei den selbstständigen Staatsbetrieben wie der Eisenbahngesellschaft, der Post usw.;
- Einsparungen im Gesundheits- und Sozialbereich.

Konkret beziffert bzw. benannt wurde das Einsparpotenzial nicht, was bereits verdeutlicht, welchen Kompromiss der Text im Grunde genommen darstellt. Auch auf der Einnahmenseite wurden Maßnahmen beschlossen:

- Harmonisierung des Steuerabzugs auf Zinsen und Dividenden;
- Einführung eines Solidaritätsbeitrags von vier Prozent auf hohe Einkommen;
- Erhöhung der Steuer auf Aktienoptionen und Börsengeschäfte sowie
- Änderungen bei der Unternehmensbesteuerung.

Betrachtet man die erste Jahreshälfte 2012, so ist zu konstatieren, dass bislang keine großen strukturellen Reformen (z.B. die Anhebung des Renteneintrittsalters) durchgeführt wurden. Die großen inhaltlichen Unterschiede zwischen den Koalitionsparteien haben das verhindert. Zudem warfen die Kommunalwahlen, die für den Oktober 2012 angesetzt wurden, ihre Schatten voraus. Wahlen sind in Belgien stets ein Anlass, den flämisch-frankophonen Konflikt auf die Tagesordnung zu setzen. Dieser überschattet dann alles andere.

Herausforderungen für Belgien durch das europäische Semester

Auch wenn es lange in Belgien keine „echte“ Regierung gegeben hat, war doch die Notwendigkeit gegeben, auf die Mechanismen der Europa 2020-Strategie und des Europäischen Semesters zu reagieren. In diesem Kontext hat Belgien zugesagt, sein Defizit zunächst unter 3% des BIP zu bringen und bis 2015 zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen. Die geschäftsführende Regierung unter Yves Leterme sah sich aufgrund ihres provisorischen Charakters nicht dazu in der Lage, im belgischen Parlament die notwendigen Schritte zur Umsetzung der Empfehlungen des Rates vom 12. Juli 2011 zu unternehmen.

Die neue Regierung unter Elio di Rupo hat dann Anfang 2012 ein Sparprogramm aufgelegt, das ein Gesamtvolumen von ca. 13 Milliarden Euro hat. Doch auch die neue Regierung ist uneins darüber, ob bzw. wie die Empfehlungen des Rates umgesetzt werden sollen, die ja gerade strukturelle und durchaus schmerzhaft Reformen darstellen würden. Einige der Empfehlungen sind insbesondere für die sozialdemokratischen Regierungsparteien nicht akzeptabel, während sie für die liberalen Parteien genau der richtige Ansatzpunkt sind für noch weitgreifende Schritte. So ist auch die neue Regierung bislang die großen Reformschritte schuldig geblieben. Die Ratsempfehlungen vom Juli 2012 machen das deutlich, denn sie enthalten fast vollständig die Vorschläge, die bereits 2011 gemacht worden waren.

So empfiehlt der Rat, dass Belgien 2012 und 2013¹

- das Defizit im Haushalt 2012 korrigiert und eine Strategie für die kommenden Jahre entwirft und umsetzt, um das Defizit dauerhaft auszugleichen und den Schuldenabbau voranzubringen; den haushaltspolitischen Rahmen anpasst, um zu gewährleisten, dass die Haushaltsziele auf föderaler und subföderaler Ebene verbindlich sind, und die Transparenz der Lastenverteilung und der Rechenschaftspflicht auf allen Regierungsebenen erhöht;
- die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen durch Eindämmung der alterungsbedingten Ausgaben, einschließlich der Gesundheitsausgaben, weiter verbessert; insbesondere die Reform der Vorruhestandsregelungen und des Rentensystems umsetzt sowie für eine Anhebung des effektiven Renteneintrittsalters sorgt;
- Kapitalerhöhungen bei den schwächsten Banken fördert, damit der Bankensektor weiter gestärkt und seiner normalen Rolle als Geldgeber der Wirtschaft gerecht werden kann;
- Schritte zur Umgestaltung des Tarifverhandlungs- und Lohnindexierungssystems einleitet, um die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Wettbewerbsfähigkeit zu fördern; dafür sorgt, dass der Lohnanstieg in stärkerem Maße die Entwicklung der Arbeitsproduktivität und der Wettbewerbsfähigkeit widerspiegelt;
- die Steuerlast in erheblichem Umfang vom Faktor Arbeit hin zu Steuern verlagert, die sich weniger verzerrend auf das Wachstum auswirken, unter anderem beispielsweise Umweltsteuern; die eingeleitete Reform des Systems zur Arbeitslosenunterstützung fortsetzt, um negative Arbeitsanreize zu verringern und den Schwerpunkt auf Beschäftigungsförderung und Aktivierungsmaßnahmen für ältere Arbeitnehmer und benachteiligte Gruppen, insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund, zu legen; die geplante weitere Regionalisierung der arbeitsmarktpolitischen Kompetenzen nutzt, um die interregionale Mobilität der Arbeitskräfte zu fördern und die Kohärenz zwischen Bildung, lebenslangem Lernen, beruflicher Bildung und beschäftigungspolitischen Maßnahmen zu stärken;
- den Wettbewerb im Einzelhandel durch Verringerung von Hemmnissen und Abbau von Betriebsbeschränkungen weiter stärkt; Maßnahmen zur Stärkung des Wettbewerbs in den netzgebundenen Wirtschaftszweigen einleitet;
- weitere Maßnahmen ergreift, um bei der Verwirklichung der angestrebten Verringerung der Treibhausgasemissionen, größere Fortschritte zu erreichen, insbesondere im Transportsektor.

Derzeit ist die belgische Regierung nicht in der Lage, die grundlegenden Reformschritte zu unternehmen, die vom Rat empfohlen werden, sie versucht aber durch Einsparungen im Haushalt zumindest das Defizit auf das vereinbarte Maß zurückzufahren. Gleichzeitig steht sie unter erheblichem innenpolitischem Druck, der von der N-VA ausgeübt wird, die ganz grundsätzlich die Legitimität der Regierung anzweifelt und finanz- und wirtschaftspolitisch andere Positionen hat, die am ehesten denen der Liberalen ähneln.

Die N-VA und ihre europapolitischen Positionen

Die N-VA ist eine separatistische, eher wirtschaftsliberale und wertkonservative Partei, sie strebt die Unabhängigkeit Flanderns in einem demokratischen, subsidiären Europa an. Sie hält die „Zwischenebene“ des belgischen Staates für überflüssig und geht davon aus, dass

¹ Empfehlung des Rates zum nationalen Reformprogramm Belgiens 2012 mit einer Stellungnahme des Rates zum Stabilitätsprogramm Belgiens für die Jahre 2012 bis 2015, 6.07.2012, Dok. 11244/12. Im Folgenden eine vom Autor gekürzte Fassung der Empfehlungen.

sich Flandern in einer EU, die ihre Völker respektiert und fördert, bestens entwickeln kann. Die N-VA ist dezidiert proeuropäisch und strebt starke europäische Institutionen an. Sie möchte eine politische Union erreichen, ohne dass allerdings die EU zu einem „Superstaat“ wird.² In der europäischen Finanzkrise unterstützt die N-VA die deutsche Politik. Sie unterstützt daher auch voll den Mechanismus des Europäischen Semesters und spricht sich für Schuldenabbau und sozio-ökonomische Reformen aus. Das ist ein klares Statement gegen die amtierende belgische Regierung und insbesondere gegen die frankophonen Sozialdemokraten der PS. Hier scheint ein grundlegendes Element des flämisch-frankophonen Konfliktes auf, nämlich die laut N-VA evidenten unterschiedlichen Grundhaltungen Flanderns einerseits und des frankophonen Landesteils andererseits bei den Themen wirtschaftliche Eigenverantwortung, Subsidiarität und (finanzielle) Solidarität. Bei einer Rede an der Universität Heidelberg am 28. Juli 2012 führte der Vorsitzende der N-VA, Bart de Wever, dies folgendermaßen aus: „Die politischen Zentren der flämischen und der französischsprachigen Demokratie liegen (...) weit voneinander entfernt. In Flandern besteht ein Konsens darüber, dass die Rolle des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft beschränkt werden muss, dass der Markt und die Gemeinschaft ihre Arbeit tun müssen und die Obrigkeit diese Arbeit nur unterstützen darf. Im französischsprachigen Belgien gibt es jedoch einen Konsens darüber, dass der Staat nicht nur eine aktive Rolle in Wirtschaft und Gesellschaft spielen muss, sondern dass der Staat beide auch regulieren oder sogar beherrschen muss. Nach Föderalwahlen kommen diese beiden Staaten zusammen, um über die Bildung einer Föderalregierung zu verhandeln. Und dann gibt es Ärger. Das Ergebnis dieses Aufeinanderprallens verschiedener Ansichten ist eine Politik, die niemand will und bei der viel zu wenig geschieht, und ein Land mit einem extrem hohen Steuerdruck und zugleich einer hohen Schuldenlast.“³

Ebenfalls im Sommer 2012 verglich de Wever die Haltung und Politik von Bundeskanzlerin Merkel gegenüber den Krisenstaaten Griechenland, Portugal, Spanien, Italien und Irland mit der der N-VA gegenüber Wallonien. Im Vorfeld der Tagung des Europäischen Rates Ende Juni 2012 verwob er seine innenpolitischen Haltungen mit der europäischen Finanzkrise und griff die belgische Regierung entsprechend an. In einem Radiointerview sagte er: „Die Vorzeichen für den europäischen Gipfel sind schlecht. Wenn man sieht, wie die PS (...) reagiert, bekommt man einen Eindruck davon, wie die Linke in Europa reagieren wird. Die Linke ist auf dem Vormarsch in Europa, (...) und bei den Sozialisten wird die Realität noch immer nicht zur Kenntnis genommen. Die Haushaltsdisziplin und die Reformen für eine handhabbare Währungsunion akzeptieren sie einfach nicht. Europa ist dabei, zum Belgien XL zu werden. Angela Merkel muss also die N-VA Europas spielen.“⁴

Weiterführende Literatur

- Matthias Chardon: Die Überwindung der belgischen Krise? Regierungsbildung nach 540 Tagen, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2012. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa, Baden-Baden 2012, S. 283-291.
- National Reform Programme 2012. Belgium, April 2012 (http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/nrp2012_belgium_en.pdf).

2 Vgl. hierzu die Webseite der N-VA: <http://www.n-va.be/standpunten/Europa>.

3 Bart de Wever: Rede an der Universität Heidelberg, 28. Juli 2012. (<http://www.n-va.be/toespraken/toespraak-aan-de-universiteit-van-heidelberg>).

4 Zitiert nach einem Artikel bei De Standaard, 28.06.2012: De Wever: Europa is België XL aan het worden. Übersetzung durch den Autor.